

# Die Angst vor der Selbstauflösung

In der Schweiz gibt es immer weniger Juden. Nun sollen jüdische Ehen vermehrt gefördert werden

Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds hat entschieden: Juden sollen bei der Partnersuche vermehrt unterstützt werden.

VON DANIEL BALLMER

Die Zahlen beweisen es: In der Schweiz gibt es immer weniger Juden. Bekanntens im Jahr 1900 noch rund 18 000 Personen zum jüdischen Glauben waren es 100 Jahre später 17 000 – obwohl sich die Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum fast verdoppelt hat. Als ein Grund angesehen wird der hohe Anteil an «Mischehen». So hat sich die Zahl rein jüdischer Eheschliessungen in den vergangenen 50 Jahren von jährlich 250 auf 125 halbiert.

**FÜR DIE BASLER GEMEINDE IST KLAR:** So darf es nicht weitergehen. Ziel sei es, ein vermehrtes Angebot an Aktivitäten für jüdische Singles ab 25 Jahren zu organisieren. Denn heute würden sich jüdische Paare nicht mehr so oft in jugendlichem Alter kennenlernen wie früher. Ein umfassendes und national koordiniertes Angebot speziell für Menschen in den Zwanzigern und Dreissigern aber gebe es noch nicht. Und tatsächlich: Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) hat dem Antrag der Basler Delegation zur Förderung von Partnerschaften unter Singles soeben zugestimmt – gegen den Willen der Geschäftsleitung.

Er habe ganz sicher nichts gegen interkonfessionelle Ehen, versichert der Initiator des Vorstosses gleich mehrfach. «Immerhin ist dies doch das deutlichste Zeichen der guten Integration von Juden in der Schweiz», ergänzt der Basler Arzt. Seinen Namen will er dann aber doch nicht in der Zeitung lesen, um sicher nirgends anzuecken. Und dennoch: «Der SIG und die Gemeinden machen viel für die Altersgruppe bis 20 Jahre, für Studierende, Familien, politische Belange oder für die ältere Bevölkerung. Von 25 bis 40 Jahren aber gibt es bis



Der Traum von der Zweisamkeit: Jüdische Singles sollen aktiv bei der Partnersuche unterstützt werden.

her kaum organisierten jüdischen Aktivitäten.» Weil es für Frauen und Männer mit zunehmendem Alter aber deutlich schwerer werde, Kinder zu bekommen, soll ihnen frühzeitig bei der Partnersuche geholfen werden, damit sie keine wertvolle Zeit hinsichtlich ihrer Fruchtbarkeit verlieren.

**ES GEHT ABER NICHT NUR** um das persönliche Glück der jüdischen Singles, sondern um die Zukunft der jüdischen Gemeinden in der Schweiz. So sind nicht nur rund 50 Prozent aller Ehen «Mischehen». Die Scheidungsrate ist ebenso hoch. Und 35 Prozent aller Frauen bekommen gar keine Kinder mehr. Ehen unter jüdischen Menschen zu stiften, aus denen im Idealfall auch Kinder hervorgehen, müsse für die jüdische Gemeinschaft und gerade auch für den SIG daher «von zentralem Interesse» sein, sind die Initianten überzeugt. «Man muss etwas machen, sonst verliert sich die jüdische Identität in der Schweiz irgendwann.»

Auch der SIG sieht «Handlungsbedarf in Sachen Förderung jüdischer Ehen und kann Koordinationsfunktion übernehmen». Zu diesem Schluss kam er in einer vorbereitenden Koordinations Sitzung bereits im Januar. Der SIG sei den auch «bereit, Singles-Aktivitäten – im Rahmen seiner Möglichkeiten – finanziell zu unterstützen». Bedenken hatte einzig die Geschäftsleitung angemeldet. «Sie war aber nur der Meinung, dass die einzelnen Gemeinden selber tätig werden sollen und nicht eine zentrale Stelle», präzisieren die Initianten. Dies aber sei nötig, damit beispielsweise ein Jude aus St. Gallen auch eine Jüdin aus Genf kennenlernen könne.

Das sieht Herbert Winter ähnlich: «Als kleine religiöse Gemeinschaft sind wir, wie übrigens jede ethnische, kulturelle oder religiöse Minderheit, bestrebt, unseren Zusammenhalt zu erhalten und zu pflegen», erklärt der SIG-Präsident. «Wir stellen fest, dass jüdische Singles ein gros

ses Interesse daran haben, jüdische Partner zu finden, dies aber gerade in der Schweiz angesichts der kleinen Zahl von Juden nicht sehr einfach ist.» Die abnehmende Zahl jüdischer Eheschliessungen aber auch die Abwanderung ins Ausland bedeuteten auch weniger Mitglieder für die jüdischen Gemeinden in der Schweiz. Winter: «Und deren Überleben liegt dem SIG als Dachverband natürlich am Herzen.»

Letztlich handle es sich um eine nationale Aufgabe im Interesse der jüdischen Gemeinschaft der Schweiz, argumentieren die Initianten. Sie stellen sich vor, dass eine Arbeitskraft zu 30 bis 50 Prozent angestellt wird, die lokale und nationale Anlässe organisieren soll. Wichtig sei daneben auch die Berücksichtigung des Internets, das heute bei der Partnersuche eine zentrale Rolle spiele. Jüdische Singles müssten einfach besser vernetzt werden. «Der Entscheid ist gefallen, jetzt geht es um die Umsetzung.»

## NACHRICHTEN

### 11-Jährige belästigt

Am Nonnenweg in Basel belästigte ein Unbekannter am Freitagnachmittag ein Mädchen. Der Mann folgte der 11-Jährigen, als sie von der Schule mit dem Fahrrad nach Hause fuhr. Als das Mädchen das Velo im Hauseingang abstellte, umfasste er es von hinten und belästigte es sexuell. Das Mädchen konnte flüchten. Der Täter verliess das Haus und entfernte sich mit seinem Fahrrad in unbekannte Richtung. Trotz sofortiger Fahndung konnte der Mann bisher nicht festgenommen werden. Die Polizei sucht Zeugen. (BZ)

### Schlimmen Vorfall verschleiert?

Die Junge SVP Basel-Stadt schreibt in einer Mitteilung von einem «schlimmeren Zwischenfall mit strafrechtlichem Hintergrund» im Wasgenring-Schulhaus. Zwei 10-jährige Schüler sollen mit einem Messer versucht haben, «ein Mädchen anzugreifen und möglicherweise an Leib und Leben zu gefährden». Bestätigte sich der Sachverhalt, sei die Partei «erschüttert über die skandalöse Informationspolitik des Schulhaus Wasgenring und der baselstädtischen Schulbehörden». (BZ)

### Absage wegen Desinteresse

Weil sich nur gerade 13 Teilnehmer angemeldet hatten, ist eine Tagung zum Thema «Religiöse Minderheiten in Bedrängnis» abgesagt worden, schreibt die «Reformierte Presse». Der für gestern geplante Anlass wäre Teil des Projekts «Religion in Freiheit und Würde» von Mission 21 und weiteren reformierten Landeskirchen gewesen. (BZ)

# Auf Stadtentwickler eingeschlagen

Angepöbelt, herumgeschubst, ins Gesicht geschlagen: Linksautonome sind auf Thomas Kessler losgegangen

Thomas Kessler hat Glück gehabt. Glück im Unglück. Der Basler Stadtentwickler hat nur eine verletzte Oberlippe davon getragen. «In zwei Tagen sieht man davon nichts mehr.» Kessler versucht, den Vorfall gelassen zu nehmen. «Ich möchte das Ganze nicht überbewerten. Wer sich in seinem Amt exponiert, muss auch mal mit so etwas rechnen.» Und dennoch: Nach den Ausschreitungen vom 1. Mai und den schweren Vandalenakten in der Freien Strasse vor Pfingsten ist es auch an diesem Wochenende erneut zu Gewalt aus der linksautonomen Szene gekommen.

versuchten zu schlichten.» Kessler will den Vorfall keinesfalls hochspielen. Er verlässt das Areal. Bald darauf verziehen sich auch die Schläger: «Sie scheinen gemerkt zu haben, dass ihre Selbstinszenierung beim Publikum nicht gut ankam.»

**AUCH STADTENTWICKLER KESSLER** selber sieht den Vorfall vom Freitagnachmittag im Zusammenhang mit den Saubannerzügen von Anfang und Mitte Monat: «Das Ganze gehört in die Debatte der Modernisierungskritik, die seit Jahren geführt wird und nun hochkommt.» Es gehe um ein romantisches Weltbild des Bewahrens. Dabei seien es nur ganz wenige, die tatsächlich Gewalt ausübten. Die grosse Mehrheit sei diskussionsbereit.

Die Vorfälle zeigten vorab, wie wichtig es sei, dass die Diskussion nun verstärkt geführt wird. Auf eine Anzeige will Kessler denn auch verzichten. «Wir lösen die Jugendprobleme sicher nicht repressiv. Dies kann nur eine letzte Massnahme sein», ist Kessler überzeugt. Und nochmals: «Es braucht die Debatte.» DANIEL BALLMER



Thomas Kessler verzichtet auf Anzeige.

# Widerstand gegen Fetz-Vorstoss

Steuerhinterziehung soll vor dem Richter nicht einfach mit Steuerbetrug gleichgesetzt werden

VON DANIEL BALLMER

«Schwere Steuerhinterziehung ist kein Kavaliärsdelikt.» Das steht für Anita Fetz ausser Frage. Und für die Basler SP-Ständerätin ist nicht einzusehen, «dass, wer mehrfach hohe Summen hinterzieht, weniger kriminelle Energie aufweisen soll als einer, der einmalig falsche Angaben macht und damit Steuerbetrug betreibt». Doch eben: Noch immer unterscheidet etwa das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer zwischen Hinterziehung und Betrug. Einzig die fortgesetzte Hinterziehung grosser Beträge gilt wie der Steuerbetrug als «schwere Steuerwiderhandlung».

**DIES SOLL SICH ÄNDERN:** Per Motion will Fetz den Bundesrat beauftragen, die relevanten Bundesgesetze so zu ändern, dass die schwere Steuerhinterziehung dem Steuerbetrug gleichgesetzt wird. Sie betont dabei wiederholt, dass es nicht um einmaliges Vergehen von Unter-

lagen bei der Steuererklärung gehe. Dies würde weiter nur als Verletzung einer Verfahrenspflicht geahndet, nicht aber als Steuervergehen. Gleiches gelte für das fortgesetzte Vergessen von Unterlagen, die nur tiefe Steuerbeträge betreffen.

Von der Motion aber will der Bundesrat nichts wissen. Dabei interpretiert er Fetz dahingehend, dass sie einen neuen Tatbestand der «schweren Steuerhinterziehung» schaffen will. Dieser würde die wiederholte Hinterziehung grosser Steuerbeträge unter dieselbe Sanktion stellen wie Steuerbetrug – also Freiheitsstrafe bis drei Jahre oder Geldstrafe. In der Regel würden Freiheitsstrafen bis zwei Jahre und Geldstrafen bedingt ausgesprochen, gerade bei Ersttätern. «Daher dürfte in einem Verfahren für die schwere Steuerhinterziehung in den meisten Fällen eine bedingte Strafe ausgesprochen werden», argumentiert der Bundesrat. Werde für die «schwere Steuerhinterziehung» eine falsche Urkunde verwendet, hätte der Strafrichter ohnehin das Vorliegen eines Steuerbetrugs zu prüfen.

Fetz aber lässt nicht locker: Seit der drohenden Klage der USA gegen die UBS herrsche ständige Rechtsunsicherheit. «Das ist für den gesamten Finanzplatz Schweiz hochschädlich.» Die Probleme bei der Umsetzung des UBS-Rechtshilfeabkommens seien auch darauf zurückzuführen, dass die schwere Steuerhinterziehung in der Schweiz nur teilweise dem Steuerbetrug gleichgesetzt ist. Werde die Steuerhinterziehung gleichgesetzt, handle es sich nicht mehr nur um ein Vergehen, und der Staat müsse recht-

lich vorgehen: «Dies öffnet die Türen für Amtshilfeverfahren.»

Erst wenn tatsächlich eine Weissgeld-Strategie eingeschlagen werde, könne die Schweiz wieder selbstbewusst in internationale Verhandlungen steigen. «Denn der Druck aus dem Ausland wird nicht aufhören.» So vertrete mittlerweile auch der Bundesrat die Meinung, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliärsdelikt sei. Doch: Noch immer aber werde in der Schweiz sogar die schwere Steuerhinterziehung als ebensolches behandelt. «Der Bundesrat sollte nun endlich vorwärts machen», betont Fetz. «Bisher hat er immer nur versucht, die Probleme auszusitzen.»

**AUCH HIER WIDERSPRICHT** der Bundesrat: So habe er bereits im März 2009 bekannt gegeben, dass die Schweiz bei der Amtshilfe in Steuersachen den OECD-Standard übernehmen werde. Damit wird die Schweiz Partnerstaaten auf Anfrage hin und im Einzelfall Amtshilfe gewähren. Dies unabhängig davon, ob Steuerbetrug oder -hinterziehung im Spiel ist, betont der Bundesrat: «Daher dürfte dieses Problem, wie es bei den jüngsten Amtshilfegebeten der USA aufgetreten ist, künftig vom Tisch sein.»

Gleichzeitig aber lässt der Bundesrat dem Begehren von Anita Fetz doch noch ein Hintertürchen offen: So stelle sich als Folge der Ausweitung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen auch die Frage nach Anpassungen im nationalen Steuerstrafrecht. «Es wird daher zu prüfen sein, inwieweit im nationalen Kontext ebenfalls Handlungsbedarf besteht und was vorzukehren ist.»



Anita Fetz.